

Der ukrainische Astronom hatte den Schweifstern 1969 auf einem Foto aufgespürt, das Svetlana Gerasimenko gemacht hatte.

Allein der zehnjährige Flug von Rosetta zum Kometen ist eine raumfahrttechnische Meisterleistung. Drei höchst anspruchsvolle Vorbeiflugmanöver, zwei an der Erde und eines am Mars, brachten Rosetta zu 67P/Churyumov-Gerasimenko. Wegen der schwierigen Energieversorgung musste die Sonde zudem in einen 31-monatigen „Winterschlaf“ versetzt werden, eine der vielen Premierer, die dem Rosetta-Team gelungen ist.

Philae konnte um vier Zentimeter angehoben und um 35° gedreht werden. Doch das änderte nichts an der prekären Energiesituation. Der Lander befindet sich daher nun

im Schlafmodus und wird sich erst zurückmelden, wenn seine Energie wieder ausreicht. „Es könnte sein, dass er bei der Annäherung an die Sonne aufladen kann“, schätzt Geurts. Das werde aber wahrscheinlich erst im Frühjahr 2015 sein. Bis dahin sind die Forscher mit der aufwändigen Datenauswertung beschäftigt.

Rosetta wird den Kometen weiterhin umrunden, um ihn gründlich zu studieren, vor allem seine steigende Aktivität beim Weg zum sonnennächsten Punkt am 13. August 2015. Die Kometen-Mission verspricht eine Vielzahl neuer Erkenntnisse über die Frühzeit unseres Sonnensystems, denn Kometen stellen das wohl ursprünglichste und älteste Material dar, das es hier gibt. Möglicherweise haben sie so-



Der Philae-Lander, der vom Rosetta-Orbiter ganz langsam zur Kometenoberfläche sank, ist etwa so groß wie ein Kühlschrank.

gar organische Moleküle und Wasser zur Erde gebracht und könnten damit eine wichtige Rolle bei der Entstehung des Lebens gespielt haben.

Alexander Pawlak

## ■ Pakte für die Zukunft

**Die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz hat sich auf die Fortsetzung des Hochschulpakts, der DFG-Programmpauschale und des Paktes für Forschung und Innovation verständigt.**

Auf ihrer Sitzung Ende Oktober hat die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK) wegweisende Entscheidungen für das deutsche Wissenschaftssystem getroffen. So haben sich die Forschungs- und Finanzminister von Bund und Ländern dafür ausgesprochen, den Hochschulpakt, die DFG-Programmpauschale sowie den Pakt für Forschung und Innovation zu verlängern und 25,3 Milliarden Euro dafür bereitzustellen. Zudem forderten sie, noch im Dezember einen Grundsatzbeschluss über eine neue Bund-Länder-Initiative als Fortführung der Exzellenzinitiative zu fassen. Die endgültige Entscheidung über die Beschlüsse der GWK treffen am 11. Dezember die Regierungschefinnen und -chefs von Bund und Ländern.

Die Fortführung des Hochschulpakts gibt den Hochschulen den finanziellen Spielraum, um bis 2020 760 000 zusätzliche Studienplätze gegenüber dem Stand von 2005 zur Verfügung zu stellen. Pro Studienanfänger bringen Bund und Länder 26 000 Euro auf. Diese Zahl orien-

tiert sich an einer KMK-Prognose. Im Rahmen des Hochschulpakts fließen zur Finanzierung neuer und bestehender Studienplätze zwischen 2007 und 2023 mehr als 20 Milliarden Euro vom Bund und mehr als 18 Milliarden von den Ländern an die Hochschulen.

Die DFG-Programmpauschale soll bis 2020 fortgesetzt werden und für Projekte ab 2016 von 20 auf 22 Prozent steigen. Diese Erhöhung um zehn Prozent tragen die Länder. 2007 wurde die Programmpauschale für alle DFG-geförderten Projekte als Zuschlag für indirekte Projektkosten eingeführt. Dieses Geld gibt den geförderten Hochschulen erhebliche finanzielle Spielräume.

Auch der Pakt für Forschung und Innovation mit der DFG und den vier großen Forschungsorganisationen – Fraunhofer- und Max-Planck-Gesellschaft sowie Leibniz- und Helmholtz-Gemeinschaft – wird bis 2020 fortgesetzt. Die Mittel sollen jährlich um drei Prozent steigen – getragen vom Bund. Damit haben die Organisationen Planungssicherheit, um ihre

Forschung und ihr Personalwesen strategisch weiterzuentwickeln, sich noch stärker mit deutschen und internationalen Partnern zu vernetzen und Wissen schneller in die Anwendung zu transferieren.

Um die Exzellenzinitiative fortzuführen, empfiehlt die GWK eine neue Bund-Länder-Initiative, die neuartige Projekte und Initiativen an Hochschulen ermöglichen und erfolgreichen Projekten der Exzellenzinitiative eine Weiterentwicklung ermöglichen soll. Die Mittel dafür sollen laut GWK mindestens denselben Umfang haben wie die Exzellenzinitiative selbst.

Nach einem Beschluss zu den Forschungshaushalten für 2015 erhält die DFG knapp 2,944 Milliarden Euro, die Leibniz-Gemeinschaft 1,128 Milliarden und die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften 62 Millionen Euro.

Die Reaktionen auf die Beschlüsse der GWK fielen fast durchweg positiv aus, so begrüßten die Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz (HRK) sowie der vier großen Forschungsorganisationen

die Fortführung der Pakte und die damit verbundene Planungssicherheit. Jürgen Mlynek, Präsident der Helmholtz-Gemeinschaft, hob hervor, die Entscheidungen ließen die Wissenschaft und allen voran die Universitäten aufatmen. Zudem würde die geplante Bund-Länder-Initiative den Universitäten neue Gestaltungsspielräume geben. HRK-Präsident Horst Hippler

zeigte sich allerdings enttäuscht darüber, dass die Programmpauschale nur auf 22 Prozent steigen soll, denn dies könne die tatsächlichen Kosten in Höhe von 40 bis 70 Prozent auf Dauer nicht befriedigen. Martin Stratmann, Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, mahnte zum geplanten Nachfolgeprogramm der Exzellenzinitiative an, dass man weiterhin auf Spitzen-

forschung an Universitäten setzen müsse: „Ohne diesen Schwerpunkt verliert die Exzellenzinitiative ihre profilierende Wirkung.“ Doch wie genau dieses Nachfolgeprogramm aussehen wird, entscheidet sich wohl erst 2016, wenn eine Expertenkommission die Ergebnisse ihrer Evaluation der Exzellenzinitiative präsentiert hat.

Maike Pfalz

## ■ Projekte, Profile, Prioritäten

Eine Diskussion an der Universität Heidelberg widmete sich dem deutschen Wissenschaftssystem.

Das deutsche Wissenschaftssystem ist in Bewegung: Die Exzellenzinitiative hat zur Profilbildung der Universitäten beigetragen, die in vielfältiger Weise mit außeruniversitären Forschungseinrichtungen kooperieren. Während deren Forschungsbudgets (und das der Deutschen Forschungsgemeinschaft) kontinuierlich wachsen, bleiben allerdings die Hochschulen chronisch unterfinanziert, worunter besonders die Lehre leidet. Daran wird auch die kürzlich von Bund und Ländern beschlossene Fortsetzung des Hochschulpaktes nichts ändern. Zu dem Ungleichgewicht zwischen Hochschulen und außeruniversitären Einrichtungen trägt auch das von der großen Koalition 2006 eingeführte „Kooperationsverbot“ bei: Laut Artikel 91b des Grundgesetzes dürfen Bund und Länder nur „in Fällen überregionaler Bedeutung“ gemeinsam „Vorhaben der Wissenschaft und Forschung an Hochschulen“ fördern – wie eben bei der Exzellenzinitiative. Wird sich diese Situation mit der vom Bundestag beschlossenen Grundgesetzänderung, über die der Bundesrat am 19. Dezember entscheidet, verbessern lassen? Wie sollte es mit der Exzellenzinitiative nach 2017 weitergehen? Welche Rolle werden künftig Kooperationen zwischen Universitäten und außeruniversitären Einrichtungen spielen? Das waren einige der Fragen, mit denen sich ein hochkarätiges Podium Anfang November an der Universität Heidelberg beschäftigte. Im



Moderiert von Heike Schmoll von der FAZ diskutierten in der Alten Aula der Universität Heidelberg (v. l.) Bernhard

Eitel, Georg Schütte, Jürgen Mlynek, Otmar Wiestler und Michael Boutros.

Rahmen der Veranstaltungsreihe „Helmholtz&Uni“ diskutierte der Heidelberger Rektor Bernhard Eitel u. a. mit Helmholtz-Präsident Jürgen Mlynek und BMBF-Staatssekretär Georg Schütte.

So sehr alle Teilnehmer die Grundgesetzänderung begrüßten, waren sie sich auch darin einig, dass sich damit das Finanzproblem der Hochschulen nicht lösen lässt. Mit der Übernahme der BAFÖG-Kosten habe der Bund „weitreichende Zugeständnisse“ gemacht, damit die Länder die Universitäten stützen können, „wenn sie denn diese Prioritätensetzung treffen wollen“, sagte Schütte – was die Länder offenbar nur teilweise beabsichtigen. Darüber hinaus werde der Bund nach der Grundgesetzänderung sicher nicht massiv in die Grundfinanzierung der Hochschulen einsteigen.

Allerdings wird es künftig einfacher möglich sein, Kooperationen zwischen außeruniversitären Einrichtungen und Hochschulen zu verfestigen, denn bislang steht der längerfristig angelegten institutionellen Förderung auf der einen Seite die Projektförderung auf der anderen gegenüber. Wenn diese nach fünf oder zehn Jahren ausläuft, gebe es „ganz massive Verteilungskämpfe“ innerhalb der Universität, betonte Mlynek, denn diese hätten sich verpflichtet, das Projekt aus eigenen Mitteln weiter zu finanzieren. Gleichzeitig stünden die Universitäten vor der Herausforderung, jenseits der Schwerpunktbildung, die auch durch Kooperationen stattfindet, die Vielfalt am Leben zu erhalten. Auch Otmar Wiestler, Vorstandsvorsitzender des DKFZ und designierter Helmholtz-